

Vorstoß gegen das individuelle Recht auf Asyl

Migration Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer (CDU), spricht sich für eine Kontingentlösung aus.

Berlin. Als Markus Söder, damals noch bayerischer Minister, inmitten der Flüchtlingskrise 2015 das Grundrecht auf Asyl infrage stellte, kassierte er einen Aufschrei, aber auch Zustimmung. Geändert hat sich an der deutschen Verfassung bislang nichts. Der Vorschlag aber, das individuelle Recht auf Asyl abzuschaffen, wird immer wieder mal erhoben.

Jetzt hat es der CDU-Politiker Thorsten Frei getan. Er ist als Parlamentarischer Geschäftsführer einer der wichtigsten Köpfe in der Unionsfraktion im Bundestag – und gelernter Innenpolitiker,

der sich schon lange mit dem Thema Zuwanderung befasst. Er vertritt eine harte Linie, ist aber im Gegensatz zu Söder nicht als notorischer Provokateur bekannt.

Frei hält sich nicht lange mit dem deutschen Grundgesetz und dem Asyl-Artikel 16a auf, sondern wendet sich in einem Aufsatz für die „FAZ“ gleich der europäischen Ebene zu, „da das Asylrecht weitestgehend vergemeinschaftet und dem nationalen Gesetzgeber entzogen ist“.

Das Recht auf Asyl steht in der Charta der Grundrechte der EU und wird konkret durch mehrere

Rechtsakte des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ausgestaltet, dazu gehören beispielsweise auch die Dublin-Verordnungen.

Ein „Konstruktionsfehler“

Frei nennt es einen „Konstruktionsfehler“, einerseits am individuellen Recht auf Asyl festzuhalten und gleichzeitig zu versuchen, seine Inanspruchnahme zu begrenzen. Europa tue derzeit alles dafür, „dass möglichst wenige dieses Recht in Anspruch nehmen“, schreibt Frei. Das führe zu einem „zutiefst inhumanen“

Wettlauf nach Europa, der ausgerechnet den Schwächsten kaum Chancen biete. Der CDU-Politiker plädiert stattdessen für die Aufnahme jährlicher Kontingente von 300 000 bis 400 000 Schutzbedürftigen in die EU pro Jahr.

Kritik kam umgehend aus der Ampel und von Flüchtlingsorganisationen. Pro Asyl beklagte, Freis „Ausstiegskonzepte aus dem bestehenden Völkerrecht“ sendeten „ein fatales Signal in die Welt“. Grünen-Chef Omid Nouripour nannte es „rechtlich hoch zweifelhaft“, das Grundrecht auf Asyl „einfach wegzugeben“. Und

SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese erklärte, der Vorschlag „geht ins Leere, da er illegale Migration nicht stoppen wird“.

Die EU wiederum müht sich seit Jahren um eine Asylreform, die allerdings den Kern der Konstruktion zumindest auf dem Papier unangetastet lassen soll. Der kürzlich erzielte Kompromiss sieht deutliche Verschärfungen der Asylverfahren vor, zum Beispiel haftähnliche Bedingungen für Asylbewerber in streng kontrollierten Einrichtungen. Aber auch diese Reform ist noch umstritten. *Ellen Hasenkamp*